

302

ist nicht in der Lage, weder politisch noch wirtschaftlich etwas ohne Frankreich zu unternehmen.

Es sind also die weitestgehenden Wirtschaftspläne der deutschen Bourgeoisie, die mit dem Zolltarif der Luther-Regierung verbunden sind. Die deutsche Schwerindustrie begehrt die Neuverdingung für einen europäischen Zollverein, das heißt eine großkapitalistische europäische Kartellierung unter französisch-deutscher Führung. Diese Pläne rufen ihre Spitze gegen Sommerschutzland, aber auch gegen England. So erklärt es sich, daß die Freunde der einseitigen englischen Orientierung der deutschen Politik, an der Spitze Hülserling und die anderen SPD-Größen, gegen diese Entwicklung Opposition machen. Es ist freilich nur eine sachte Opposition, vor der die Bourgeoisie keine Furcht hat. Die deutsche Schwerindustrie führt ihre Zollpläne durch, ohne sich um Arbeiter und Mittelstand, ja sogar um die eigene Fertigungsindustrie zu kümmern; aber man ist doch genötigt, den Großagrariern ein Extrazinsfeld zu geben, damit sie mitmachen. So hat man die Industrie mit einem System von landwirtschaftlichen Zöllen verflochten und so die Belastung der wertvollen Klassen noch schlimmer gemacht. Aber wenn auch der Getreidezoll jetzt in Deutschland am meisten diskutiert wird, darf man nicht darüber hinwegsehen, daß die Industrie das eigentliche Kernstück des ganzen Planes sind.

Die Verständigung des deutschen und französischen Großkapitals, wie sie mit Hilfe der Lutherischen Vorlage möglich werden soll, kann und wird nur die Unterdrückung der wertvollen Klassen Europas steigern. Wir Kommunisten bekämpfen den Zolltarif sowohl an sich, weil er die Lebenshaltung des Proletariats unerbötlich verschlechtert, als auch im Zusammenhang mit den internationalen Kartellsystemen, weil sie die Gewalt der Hauptfeinde des europäischen Proletariats ungeheuerlich verstärken müssen. Wir erklären den Massen des wertvollen Volkes in Deutschland, daß wirtschaftlich genau so wie politisch nur die Verständigung mit Rußland den Ausweg bedeutet, aber nicht die Kapitalistenverträge mit dem Westen.

### Gandalöie Behandlung der ausgewiesenen Optanten

Berlin, 4. August. (Eigene Drahtmeldung.) In den händlichen Zuständen im Flüchtlingslager Schneidemühl wird eine halbamtliche Darstellung herausgegeben, die im großen und ganzen die Zustände im Lager bestätigt. Danach schälen die Flüchtlinge auf Holzspalten, Strohsäcken und Strohlagen. Im gleichen Atemzug mag die halbamtliche Darstellung zu erklären, daß das rote Kreuz Vorzüge getroffen hat, „den Armen in Schneidemühl einen einigermaßen würdigen Empfang und einen erträglichen Aufenthalt zu bieten“. In dem Bericht wird weiter erklärt, daß die Ausgewiesenen geduldig wären und sich in langen Reihen anstellen, um ihr Reisegeld zu empfangen oder um Kaffee und Essen zu erhalten. Der amtliche Preussische Pressedienst erklärt zu dem Skandal, daß das Schneidemühl Lager ja nur ein Durchgangslager sei.

Wie wir übrigens erfahren, müssen die Ausgewiesenen in preussischen Provinzen untergebracht werden, da die anderen deutschen Länder die Aufnahme der Optanten abgelehnt haben. Dafür hängt die Einleitung zur Verfassung des Deutschen Reiches auch an: „Das deutsche Volk, einzig in seinen Stämmen!“

### Minister Geserings nächstlicher Besuch

Die bürgerliche Presse meldet: Sonntagabend kurz nach 11 Uhr traf der preussische Minister des Innern, Gesering, in Begleitung von Ministerialrat Dr. Rathenau hier ein, um sich von der Unterbringung der Optanten im Durchgangslager zu überzeugen und Maßnahmen zu treffen, um die von allen Seiten so scharf angegriffene Desorganisation der Flüchtlingsaufnahme zu beseitigen.

Er betrat mit seiner Begleitung das in nächstlicher Nähe belagerte Lager und ging nun langsam durch die riesigen Hallen, in denen die Flüchtlinge teils in Kojen abgetrennt, auf Holzspalten, teils auf einer bloßen Strohschicht schlafen. Nur wenige bemerkten seine Anwesenheit, da fast alle im tiefen Schlaf der Erschöpfung lagen. Nur hier und da taumelte einer schlaftrunken auf und sah mit verständnislosen Augen die kleine Gruppe an. Ein besonders fürchtbares Bild boten etwa 500 vertriebene Männer, Frauen und Säuglinge, Alte und Kranke, junge Leute und Kinder, die auf einer dünnen Strohschicht fast übereinander lagen. Der dritte Teil dieser armen Lagerinsassen sind Kinder unter 14 Jahren.

Nach den Berichten der bürgerlichen Tagespresse war Gesering von dem traurigen Eindruck „tief bewegt“. Gegenwärtig sind circa 11.000 Flüchtlinge im Lager von Schneidemühl untergebracht. Die Zustände im Lager schreien geradezu zum Himmel. Die kommunistische Reichstagsfraktion hat gegen die skandalöse Behandlung der aus Polen ausgewiesenen folgende Interpellation eingebracht:

In Schneidemühl treffen täglich Hunderte, mitunter mehrere Tausend aus Polen ausgewiesener deutscher Optanten ein. Die zur Aufnahme und Unterbringung der Flüchtlinge getroffenen Maßnahmen sind absolut unzureichend. Viele hundert deutsche Familien müssen in Güterwagen ohne Decken und Hilfsmittel kampieren. Die Flüchtlinge sind der größten Not ausgesetzt, und bereits sind unter ihnen Fälle von Ruhr und anderen Erkrankungen vorgekommen. Der Reichsregierung war es seit einem Jahr bekannt, daß die Ausweisung von 20.000 Deutschen aus Polen ab 1. August erfolgen konnte, und seit Wochen war es ihr bekannt, daß diese Ausweisungen geplant waren.

Wird die Reichsregierung bereit, 1. allein oder in Gemeinschaft mit den Ländern unverzüglich Maßnahmen zur Binderung der Not unter den Flüchtlingen und zu einer menschenwürdigen Unterbringung zu treffen, 2. was gegen die Reichsregierung gegen die an der mangelhaften Unterbringung Schuldigen zu tun?

### Stätiger Zusammenstoß mit Salentrentlern

Berlin, 4. August. (Eig. Drahtbericht.) Bei dem schwarz-weißten Regimentstag in der Stadt Brandenburg hat es am Sonntag blutige Zusammenstöße zwischen dem Salentrentler-Frontmann einerseits, den roten Frontkämpfern und Reichsbannertruppen andererseits gegeben. Die Salentrentler verhielten überall provokativ und überfielen schließlich mit Säbelschneidern das Volk, wo sie verschiedene Republikaner tätigt schlugen. In der Gegend gab es an verschiedenen Stellen Zusammenstöße mit roten Frontkämpfern, die sich ihrer Haut auszeichneten zu wehren suchten.

Der „Vorwärts“ zitiert in seinem Bericht übrigens die „denunziatorische Darstellung“ der Republikaner, die also ihre Fäulnis durch die Presse und andere Mittel hinnehmen zu haben scheinen. Die Salentrentler sind auf republikanischer Seite; der „Vorwärts“ sagt hier darüber, daß sie vorher nirgends zu sehen waren und die Salentrentler für jede Provokation und Agitation des Volkes im Stich lassen.

## Sozialdemokraten für Graefs Polizeiterrror

### Spaltung der sozialdemokratischen Fraktion

Berlin, 4. August. (Eig. Drahtbericht.) Gestern Abend nach 9 Uhr wurden im Reichstag die eingebrachten Beschwerden der Genossen Jadaß und Hülserling sowie der kommunistischen Reichstagsfraktion gegen die Ausschüsse ohne Aussprache, wie in der Geschäftsordnung bestimmt, entschieden.

Zuerst wurde über die Beschwerde des Genossen Jadaß abgehandelt. Dafür stimmten die Kommunisten, SPD und die Mehrheit der Demokraten. Die Regierungsparteien stimmten geschlossen dagegen und funktionierten somit den Sinn aus.

Bei der Abstimmung über den Genossen Hülserling stimmten nur die Kommunisten für die Rückgängigmachung des Ausschusses. Die Sozialdemokraten stimmten unter Führung Hermann Müllers und Hülserlings mit der kapitalistischen Regierungsmehrheit gegen die Beschwerde des Genossen Hülserling.

Als diese Abstimmung vorgenommen wurde, verließen circa 20 Sozialdemokraten demokratisch den Saal, da sie getreue Sozialpolitik für die Steuerzahler, wie sie Hermann Müller, Breitfeld und Genossen durchführen, nicht mit voller Offenheit machen wollen.

In der Abstimmung wurde der Antrag, das kommunistische Mißtrauensvotum gegen den deutschnationalen Vizepräsidenten Graef auf die Tagesordnung zu setzen, abgelehnt, nur die Kommunisten stimmten dafür.

### Der Judaslöh für die Zentrumspaffen

Berlin, 4. August. Reichstanzler Luther hat dem Zentrum und zwar dem rechtsstehenden Abgeordneten Gérard, dem Führer des rechten Flügels, das Reichsministerium für das belagerte Gebiet angeboten.

Mit der Erlangung des 3. Soges im Reichskabinett, den das Zentrum für seine Unterstützung des Zollwuchers erhalt, gibt es damit zu erkennen, daß es dauernd parlamentarische Geschäfte mit der Rechten, statt dem famosen Linksbund, machen will. Seine bisherige Beteiligung am Luther-Kabinett, wenigstens seiner Erklärung nach, ist in der Form von Beobachtungsposten (?) gedacht. Mit der Annahme der 3. Lesung tritt man offen in den Rechtsblock ein.

### Der „Vorwärts“ billigt den Parlamentsterror

Berlin, 4. August. (Eigener Drahtbericht.) Mit einer beispiellosen Frivolität billigt der sozialdemokratische „Vorwärts“ den Veranlasser der beiden kommunistischen Reichstagsabgeordneten Hülserling und Jadaß mit Hilfe der Polizei aus dem Reichstag. Er schreibt wörtlich und macht damit den deutschnationalen Vizepräsidenten gegen die Kommunisten scharf: „Geschäftsordnungsmäßig war der Vizepräsident im Recht. Hatte er einmal die Abgeordneten aus dem Saal gemieden, wozu ihn die Art ihrer Aule berechtigte... dann trat die Ausschließung durch den Zwang der Geschäftsordnung automatisch ein. Weigerten sich die Abgeordneten, so bleibt nichts anderes übrig, als Vollzugsorgane der Staatsgewalt in Bewegung zu setzen.“ Der „Vorwärts“ bringt es dann fertig zu schreiben, die kommunistischen Abgeordneten hätten sich freiwillig ausgeschaltet.

### Der Nachfolger Eichhorns

An Stelle des verstorbenen Genossen Emil Eichhorn tritt Genosse Karl Tiedt, Vorsitzender des Internationalen Bundes der Opfer des Krieges und der Arbeit, in den Reichstag ein.

### Für Maslow gibt es keine Amnestie

Berlin. Am Sonnabend hat der Staatsgerichtshof einen vom Reichsanwalt bekräftigten Antrag der Verteidigung des Genossen Maslow, ihn aus der Haft zu entlassen, abgelehnt. Der Antrag war gestützt auf die Amnestie, da die ihm zur Last gelegten „Straftaten“ vor dem 1. Oktober 1923 begangen sind. Er war weiter begründet mit der wachsenden Gefährdung der Gesundheit des Genossen Maslow, der nun bereits 15 Monate in Untersuchungshaft sitzt. Schließlich hat die Verteidigung zugestimmt, daß Genosse Maslow an dem anberaumten Verhandlungstermin erscheinen wird und hat eine ausreichende Kaution für den Fall der Haftentlassung angeboten. Der Oberstaatsanwalt Biedermaier, wahrhaft kein Kommunistenfreund, hatte sich diesen Gründen nicht verschließen können. Er hat den Antrag der Verteidigung verworfen an den Staatsgerichtshof weitergegeben. Trotzdem erfolgte die Ablehnung, die einen neuen Akt der Amnestiekämpfe des Proletariats nach sich ziehen muß.

### Die Bauunternehmerfront wartet immer mehr

Berlin, 4. August. Die Front der Bauunternehmer wartet immer mehr. In einer außerordentlichen Generalversammlung der Berliner Unternehmer mußten die Sanktionen verhängt werden. Die Festsetzung der Vertragsstrafen im Fall eines Bankrotts gegen die Verordnungsbeschlüsse soll erweitert, die Strafen sollen verschärft werden. Trotzdem kommen immer mehr Bauunternehmer, um um die Erlaubnis zur Arbeit zu bitten.

### Neue Opfer bulgarischer Weißbanditen

Sofia, 4. August. (Eigener Drahtbericht.) Das Militärgericht in Sofia hat zehn neue Todesurteile gegen Revolutionäre gefällt, die durch den Strang zu vollziehen sind. Weiter wurde ein Angeklagter zu lebenslangem Zuchthaus, fünf zu je zwölfeinhalb, sechs zu je einhalb Jahren Zuchthaus verurteilt. Diese neuen Opfer des weißen Terrors wurden beschuldigt, bewaffnete Organisationen gebildet zu haben.

Das Land der Galgen wird noch wie vor von der Wirtschaftskrise erschüttert. Der Zar Boris hatte zur Behebung der Regierungskrise mit der Seite Jantoff verschiedene Botschaften, bei denen dieser selbst die Lage als unhaltbar beschreiben mußte. Jantoff soll sich unter der Bedingung, daß sein Leben und das seiner ministeriellen Komplizen gesichert würde, zu keinem Rücktritt bereit erklärt haben. Darauf hat der Zar Boris einige Parteihäupter zu sich berufen, nämlich den Sozialdemokraten Popelaw, den Agrarierführer Tursolaw, den Demokraten Kalinow usw.

Können die Arbeiter in aller Welt sich dies Bild vor Augen halten: im Angesicht der Galgen, denen wieder zehn Arbeiter und Bauern zugeführt werden, beschließt sich der bulgarische Minister Boris mit dem Führer der sozialdemokratischen Partei über seinen Eintritt in die Terror-Regierung.

„Vorgetragene in Berlin gegangene“, „denunziatorische“ hätten „der geheimen Gehörlichkeit nach Erhaltung im Reichstag“ gegeben. Der sozialdemokratische „Vorwärts“ befindet sich mit Reichstag in der wunderbaren Eintracht mit den Kommunisten in rischen deutschnationalen Zeitungen. Wie das „Berliner Tageblatt“ mitzuteilen weiß, finden innerhalb der sozialdemokratischen Fraktion heftige Auseinandersetzungen zwischen dem rechten und linken Flügel statt. Es scheint also doch nicht alle sozialdemokratischen Abgeordneten die Stille zu haben, die Borgehen des Fraktionsvorstandes und den rüchlichen Ton des „Vorwärts“, vor den SPD-Arbeitern zu vertreten.

### Die bürgerliche Presse zu den Polizeiaktionen

Berlin, 4. August. (Eigener Drahtbericht.) Zu dem Gewaltstreik des deutschnationalen Vizepräsidenten in Reichstag gegen die kommunistische Fraktion, zu der Terrorisierung der Genossen Jadaß und Hülserling und zu der Haltung der Sozialdemokraten um Hermann Müller schrieb die „Frankfurter Post“:

„Die Gerechtigkeit gebietet, auszusprechen, daß der Reichstag dieses Verlangens (nämlich nach einer neuen Beratung des Verhaftens unter Anwesenheit unserer Genossen J. K.) ruhig hätte erfüllen können. Wenn der Reichstag nicht zusammengetreten wäre, wäre ohne Verzögerung mit Teilnahme der kommunistischen Vertreter daselbst erörtert worden und die Kommunisten hätten sich dann nicht über die (7) Zurücklegung beschwerten können. Dieser Anschlag ist, wenn man von der Tribune beobachtet konnte, s. B. durch den Vertreter der Deutschnationalen im Reichstag, den Hrn. Schulz-Fromberg, zu sein. Leider heißt es aber der Reichstag der Parteien des Gegenteils, und man versteht es, daß die Sozialdemokraten die Ablehnung ihres Antrages auch durch den Sozialdemokraten Hermann Müller, dem sich auch die Sozialisten angeschlossen, lebhaften Unwillen erzeugte.“

Man vergleiche mit der Forderung dieser bürgerlichen Blätter die gemeine Schreibweise des „Vorwärts“ und der „Tredner Volkszeitung“, die in jeder Form das Verhalten der deutschnationalen Vizepräsidenten Graef und seine Maßnahmen nahmen gegen die Kommunisten bedauert.

### Die Beratung der Amnestievorlage soll verhindert werden

Berlin, 4. August. (Eig. Drahtbericht.) Nach juristischen Informationen planen die Sozialdemokraten mit allen Mitteln durchzusetzen, daß die Steuer- und Zollvorlage bis spätestens Montag Abend, evtl. unter Jachle, nahme einer Sonntagssitzung, durchgeführt wird.

Die 2. Lesung der Zollvorlage soll in 2-3 Sitzungen durchgeführt werden. Ausdrachen und Anwesenheitsfragen sollen nach den Wünschen der Rechtenpartei in der Nacht, aber Debatte über die einzelnen Zollsätze, erfolgen. Dabei wird die Beratung der Amnestievorlage sehr wahrscheinlich fallen gelassen werden. Mindestens werden die Tante nach Durchsicht ihrer Wünsche Berlin verlassen und die Erschließung der Reichstages herbeiführen. Es ist bereits, daß die Zollvorlage, ob mit oder ohne eingehende Beratung, in dieser Session ohne die getriebenen Kompromissen angenommen wird.

### Ghrien erhebt sich

Paris. (Telegramm unseres Korrespondenten.) Wie bekannt wird, steht der französische Imperialismus im letzten Moment in der Gefahr, sich in einen Kampf mit den türkischen Nationalen zu verwickeln. Die englischen Reaktionen darüber machen die der französischen Regierung unmöglich, den letzten Schritt und die militärischen Unterstützungsmaßnahmen zu verhindern. Die Regierung hat die Mehrheit der von französischen Blättern übernommenen englischen Reaktionen in einer selbstigen Erklärung bekämpft. Die Auffassungen haben unter Führung des Kulturs Ministers. Die militärische Lage scheint in den in Franz-Serien kommandierenden General Staffs drohlich.

### Der gesamte Eisenbahn- und Straßenverkehr zwischen Damaskus und dem Aufstandsgebiet ist lahmgelegt

Sarrail zieht Verstärkungen herbei. Flugzeuge bombardieren die Dörfer der Aufständischen. Die imperialistische Presse ist heucheltüchtig. Sie behaupten, daß vor zwei Jahren eine militärische Expedition von 100.000 Mann brauchte, um einen Aufstand im libanesischen Gebiet zu juringen. Der französische Imperialismus hat sich jetzt nur in Afrika, sondern auch in Asien. Seine Feinde sind darauf hin, daß der Aufstand in Frankreich durch die Vorgehen Abd el Krim ermöglicht sei. (Wolff)

Nach englischen Meldungen schweben Verhandlungen mit Abd el Krim, der nach Teheran zu General Krims Delegation entsandt haben soll. Gleichzeitig ist Abd el Krim bei den unter französischer Gewalt stehenden Nationalen und in der französischen Eingeborenenarmee. Die Reaktionen, in denen erklärt ist, über den Frieden müsse der Führer nur verhandeln, wenn die Unabhängigkeit der Nationalen gegeben sei. Die Wortführer der französischen Reaktionen schreiben ihrerseits, mit Abd el Krim dürfe erst verhandelt werden, wenn der „Abenteurer“ entscheidend gescheitert sei. Er habe sich auf die Defensive beschränkt, zeigt diese „Abenteurer“ regelmäßigen Belagerungen und Erstürmungen von strategischen Stützpunkten und Posten und macht den etlichen französischen Marschällen derzeit zu schaffen, daß sie die längst erwartete große Offensive wieder um drei Wochen verschoben müßten.

### Bisher kein offizielles Friedensangebot an Abd el Krim?

Paris, 4. August. (Telunion.) Wie „Paris Echo“ aus sicherer Quelle wissen will, sollen die Blättermeldungen, wonach Vertreter Abd el Krim sich zu General Krims Delegation gegeben und von diesem den Wortlaut des offiziellen Friedensangebots erhalten hätten, nicht den Tatsachen entsprechen. Die belagerten Abd el Krim hätten mit Krims nur allgemeine Botschaften gehabt. Im Laufe dieser Unterhaltungen sei vielleicht nur über das französisch-spanische Friedensangebot gesprochen worden. Jedenfalls sei den Angehörigen kein offizielles Kommando übergeben worden.

### Die neue Regierung in Portugal

Lissabon, 3. August. (Telunion.) Die neue Regierung ist am Sonntag von Domingos Tezera gebildet worden. Sie besteht aus gemäßigten Demokraten und Unabhängigen.